

EDITORIAL

Die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen und die europäische Asienpolitik

P. Christian Hauswedell

Das Jahrhundert ist noch jung und es ist wahrscheinlich noch zu riskant, eine Wette darauf abzuschließen, dass dies das asiatische Jahrhundert werden wird. Aber nach dem Irak-Krieg der USA und Großbritanniens, nach dem Prestigeverlust des anglo-amerikanischen Kapitalismus-Modells durch die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007-2008 und nach der Selbstschwächung Europas durch die gegenwärtige Schuldenkrise hat der gesamte Westen in Asien an politischer und moralischer Autorität verloren. Die vermeintlichen globalen Selbstläufer Demokratie und Marktwirtschaft haben an Glanz und Überzeugungskraft eingebüßt und werden sich behaupten müssen.

Derzeit haben die westlichen Mächte weder die Macht noch die Glaubwürdigkeit, ihr politisches und wirtschaftliches System Asien zu oktroyieren. Nichts gegen europäisches Selbstbewusstsein, insbesondere dann, wenn es sehr wohl berechtigt ist, – aber Sendungsbewusstsein sollte in unserer Außenpolitik gegenüber Asien nichts zu suchen haben. Europa, welches schon in wenigen Jahrzehnten weniger als 5 % der Weltbevölkerung stellen wird, sollte sich davon verabschieden, in seiner Außenpolitik gegenüber Asien normative Forderungen zu Demokratie und Menschenrechten zur Vorbedingung außenpolitischer Kooperation durchsetzen zu wollen. Vielmehr geht es darum, mit jedem asiatischen Staat – unabhängig von seiner politischen Verfasstheit – zusammenzuarbeiten, um unsere politischen und ökonomischen Interessen in der Weltpolitik zu wahren.

Auch wenn es eine Binsenwahrheit ist, lohnt es sich hier zu wiederholen, dass das Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und den USA weltweit die wichtigste strategische Beziehung zwischen zwei Staaten darstellt. Die Entwicklung dieses Verhältnisses könnte über Krieg und Frieden in Asien mit erheblichen globalen Auswirkungen entscheiden. Die Beziehung beider Staaten ist sowohl durch offenen Wettbewerb und Friktionen, aber auch durch partielle Zusammenarbeit im internationalen System bestimmt. Die bilateralen Interdependenzen sind beeindruckend und werden hoffentlich das Verhältnis langfristig bestimmen.

China hat sich in weiser Zurückhaltung entschieden, einen umfassenden Rüstungswettlauf mit den USA nicht aufzunehmen und auch nicht auf eine militärische Lösung der Wiedervereinigung mit Taiwan zu setzen. Aber es ist deutlich, dass es die amerikanische sicherheitspolitische Dominanz im Pazifik und die aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden, sich damals gegen das kommunistische China richtenden militärischen Allianzen mit Japan, Südkorea und (bis 1971) Taiwan, wie auch die vielfältigen politischen Allianzen der USA in Asien als Einkreisung und Einengung seines außenpolitischen Handlungsspielraums empfindet. Nachdem die USA im Jahre 2011 sowohl durch Präsident Barack Obama, Verteidigungsminister Leon Panetta und durch Außenministerin Hillary Clinton bekräftigten, dass sie ihre politische und militärische Präsenz in Asien behaupten und auch trotz der Haushalts-Einsparungen ausbauen wollen, weiß China, dass die USA in Asien an ihrer Dominanz festhalten möchten. Von einer amerikanischen Kompromissbereitschaft, sich angesichts des chinesischen Machtzuwachses mit China zu arrangieren und ihm in Asien mehr „Raum“ zu schaffen, es irgendwie zu „akkomodieren“, war jedenfalls in den offiziellen amerikanischen Verlautbarungen nichts zu spüren.

Alle asiatischen Staaten und insbesondere diejenigen (Vietnam, Philippinen, Indonesien), die sich nach der Zuspitzung des Territorial-Streits im Südchinesischen Meer eine größere Rolle der USA zur Ausbalancierung des chinesischen Einflusses in Asien erhofften, fürchten sich vor einem offenen chinesisch-amerikanischen Konflikt, in dem sie von beiden Seiten aufgefordert werden dürften, Partei zu ergreifen. Mit der Machtbalance China-USA können alle Staaten leben, aber die Parteinahme in einem Konflikt würde zu einer Zerreißprobe werden und die politischen Beziehungen in Asien für lange Zeit vergiften.

Auch Deutschland und Europa haben ein großes Interesse an einer konstruktiven Entwicklung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses und einer friedlichen Entwicklung in Asien. Europas Dilemma in Asien besteht darin, dass es dort zwar erhebliche strategische Interessen, aber kein strategisches Gewicht hat, um diese durchzusetzen. Angesichts seiner Bedeutung darf Europa in Asien nicht einfach als verlängerter Arm, als Anhängsel der USA auftreten, sondern sollte in der Asien-Politik durchaus eigene Analysen betreiben und Akzente setzen. Insbesondere sollte sich Europa um eine korrekte Einschätzung der Volksrepublik China bemühen und die in einigen Teilen der USA vorherrschende Auffassung einer „expansiven“ und „aggressiven“ Macht, die nur durch politisches Containment und Unterstützung der amerikanischen sicherheitspolitischen Dominanz in Schach gehalten werden kann, nicht unkritisch übernehmen.

Die Natur des chinesischen Regierungssystems, Chinas wirtschaftliche Erfolge und weltweite Präsenz, seine Größe entfachen auch bei uns Widerspruch und Angstgefühle, die sich gegenseitig verstärken. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber in der Weltpolitik. Es besteht kein Grund für die Entwicklung einer China-Phobie. Die chinesische Außenpolitik ist – jedenfalls bisher – nicht durch Aggression und

Ideologie-Export, sondern durch Zurückhaltung und Verantwortungsübernahme gekennzeichnet. China ist längst ein „responsible stakeholder“ im internationalen System. Außer seinen unverständlichen Territorialansprüchen im Südchinesischen Meer, die sich nicht am modernen Seerecht, sondern weit zurückliegenden historischen Einflusszonen orientieren, ist Chinas internationales Auftreten durch Ausgleich und Kooperation bestimmt. In den Vereinten Nationen ist sein Gebrauch des Vetos im Sicherheitsrat minimal. Europa täte deshalb in seiner Einschätzung gut daran, China das Benefiz des Zweifels (the benefit of the doubt) einzuräumen und sich nicht durch alarmistische Prognosen einschüchtern zu lassen.